

Telegraphische Depeschen.

* Köln, 9. Mai. Die Kölnische Zeitung läßt sich aus Saarbrücken vom heutigen Tage melden, der Staatsanwalt habe die Appellation gegen das Erkenntniß in dem wäpinger Wunderproceß zurückgezogen.

* Wien, 9. Mai. In Abgeordnetenkreisen verlautet, wie das Fremdenblatt mittheilt, in sehr bestimmter Weise, daß die Session des Reichsrathes am 17. Mai durch eine Thronrede des Kaisers feierlich geschlossen werden soll.

* Rom, 8. Mai. Döllinger veröffentlicht in der heutigen Italia einen Brief an Kervin, den Rector der hiesigen amerikanischen Paulskirche, worin er alle Gerüchte seiner angeblichen Unterwerfung dem Vatican gegenüber für unwahr erklärt und die Beschlüsse des Vaticanischen Concils nachdrücklich als eine unannehmbare Irreligie bezeichnet.

* Paris, 8. Mai. Der Municipalrath hat die Zoll- und Steuerfreiheit für Verbrauchsgegenstände, die für die Vertreter der auswärtigen Mächte in Paris bestimmt sind, abgelehnt.

* Paris, 8. Mai. Die Bonapartisten sind durch die Nachrichten von einer ernsthaften Erkrankung des Prinzen Louis Napoleon an heftigem Fieber sehr beunruhigt.

* London, 9. Mai. Wie die Daily News melden, beabsichtigt die Regierung, noch 5000 Mann Verstärkungen nach Port-Natal zu senden. — Die Times erfährt, der englische Delegirte Drummond Wolff werde nach der Installation Aleso-Pascha's zum Generalgouverneur von Ostrumelien nach England zurückkehren. Nach hier eingetroffenen Nachrichten wird Aleso-Pascha in etwa zehn Tagen in Philippopolis erwartet.

* Petersburg, 9. Mai. Der Großfürst-Thronfolger hat sich bereit erklärt, Paphenstalle bei dem neugeborenen Sohne des Fürsten von Montenegro zu übernehmen; der Oberst Graf Scheremetjew ist beauftragt worden, als Stellvertreter des Großfürsten zur Taufe nach Cetinje zu gehen. — Die Agence russe bestätigt, daß in der orientalischen Frage eine beruhigtere Auffassung Platzgegriffen habe, und schreibt dieses glückliche Resultat der persönlichen Stimmung Rußlands, Englands und der Türkei zu.

* Wien, 9. Mai abends. Die Politische Correspondenz läßt sich aus Konstantinopel melden, durch den englischen Botschafter Layard sei der Pforte mitgetheilt worden, daß der zum englischen Generalconsul für Kleinasien ernannte Oberst Wilson demnächst einen vom londoner Kriegsdepartement ausgewählten Stab erhalten werde, der denselben bei seinen verschiedenen Organisationsarbeiten unterstützen solle.

* Athen, 9. Mai. Unterrichtersseite wird berichtet, die Regierung hege den Wunsch, daß die Verhandlungen über die griechische Grenzfrage nicht in Konstantinopel, sondern in einer europäischen Hauptstadt, etwa in Paris, geführt würden.

Die Reichstagsdebatte vom 8. Mai.

— Leipzig, 10. Mai. Die Zolldebatte, in welche der Reichstag nach eintägiger Pause vorgestern wieder eintrat, gestaltete sich zu einer der pikantesten, leider auch theilweise der leidenschaftlich erregtesten. Letzteres gilt von dem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Reichskanzler und dem Abg. Dr. Lasker, ersteres von den Erklärungen, die Abg. Windthorst für sich und seine Partei, das Centrum, abgab.

Was jene leidenschaftlichen Scenen anlangt, so können wir uns nur aufrichtigst dem Wunsche des Präsidenten Dr. Fordenbeck anschließen, daß solche sich nicht wiederholen möchten. Es kann weder der Sache, welche von den betreffenden Rednern vertreten wird, noch dem Ansehen des Reichstages zuträglich sein, wenn der parlamentarische Kampf mit solcher Schärfe und Leidenschaftlichkeit geführt wird. Sachlich betrachtet, scheint allerdings Abg. Dr. Lasker in Bezug auf einige der Daten, rücksichtlich deren er dem Reichskanzler Unrichtigkeiten vorwarf, nicht ganz im Rechte gewesen zu sein. Andererseits können wir das, was Fürst Bismarck zur Rechtfertigung seines veröffentlichten Briefes an Frn. v. Thüngen geltend machte, als ganz ausreichend nicht erkennen. Daß der Reichskanzler seine Ueberzeugungen über eine vorliegende Gesetzesfrage offen kundgibt, wird niemand ihm verargen; etwas anderes aber ist es denn doch, wenn

er eine Gesetzesvorlage, die er mit seiner Unterschrift an den Reichstag gebracht hat, selbst in den Schatten stellt durch abfällige Aussprüche darüber; wenn er vor der Nation und ihren Vertretern die Bundesregierungen und seine eigenen Collegen im preussischen Ministerium angreift; wenn er endlich eine ganze Interessengruppe zur Agitation gegen ebensolche von ihm unterzeichnete und eingebrachte Vorlage öffentlich auffordert und ermuntert.

Wir wenden uns von dieser unerfreulichen Episode der Debatte vom 8. Mai zu der jedenfalls sehr pikanten der Stellungnahme des Centrumsführers Abg. Windthorst zu dem Programm des Reichskanzlers.

Dr. Windthorst entwickelte zunächst seine schützjülicherischen Ansichten. Das war nichts Neues. Sodann aber versuchte der Abgeordnete für Weppen, seine und seiner Parteigenossen Stellung zum Reichskanzler, wie solche sich durch ihre Abstimmung für die Vorlage gefaltete, zu präcisiren. Zuerst versicherte er, das Centrum werde „schwerlich in die Lage kommen, den Plag der National-Liberalen einzunehmen“, auch wenn letztere aufhörten, Bundesgenossen des Reichskanzlers zu sein. Er stimmte sodann die alte Klage von Verdrückung der katholischen Kirche an und erklärte, solange diese dauere, „müsse das Centrum die bisherige Opposition innehalten“. Trotzdem jedoch könnten er und seine Freunde dem Reichskanzler auf dem betretenen Wege der „Hollpolitik“, „theilweise“, und da „mit aller Energie“, folgen. Daraus möge der Reichskanzler entnehmen, „wie wenig richtig es sei, ihn und seine Freunde als Gegner des Reiches zu betrachten“.

Wir meinen, es ist noch keine besonders starke Gewähr für die Reichsfreundlichkeit des Centrums, wenn es Zollerrhöhungen, die es selbst dringend wünscht, aus der Hand des Reichskanzlers annimmt.

Weiter sprach Abg. Windthorst die Hoffnung aus: der Herr Reichskanzler werde sich entschließen, „sich von dem geistlichen Bureau, das ihn umgibt, ebenso zu emancipiren, wie er sich von dem wirtschaftlichen emancipirt hat“. Das war deutlich gesprochen! Unter dem „wirtschaftlichen Bureau“ waren gestallten Sachen auch nur die Minister Camphausen und Delbriick verstanden werden, und da liegt die Schlussfolgerung auf Dr. Fall nahe genug.

Nochmals betheuerte sodann Dr. Windthorst: „Die Centrumsfraction treibt keine Opposition quand même und à outrance; wo es sich handelt um Thron, Vaterland und die vitalsten Interessen der Nation, werden wir die Regierung stets unterstützen. Für Freund und Feind erkläre ich: wir sind heute, was wir gestern waren, und werden morgen sein, was wir heute sind.“ Diese letztere Versicherung: daß das Centrum und er selbst „heute seien, was sie gestern waren“, strafte Abg. Windthorst aber wieder Lügen, indem er sich nicht bloß mit der Aufhebung der Matricularbeiträge, sondern auch mit dem viel weitergehenden Plane des Reichskanzlers: Verwandlung der directen Steuern in indirecte, einverstanden erklärte, während fast genau jetzt vor Jahresfrist, in der Sitzung vom 17. Mai 1878, der Abg. Windthorst gegen Aufhebung der Matricularbeiträge sich noch ziemlich spröde verhielt, auch das Centrum im ganzen sich dieser Maßregel immer sehr abgeneigt gezeigt hat, weil es darin eine Stärkung des Reiches und Schwächung des Particularismus sah. Noch vor wenigen Tagen sprach der Parteigenosse des Abg. Windthorst, Abg. Reichenperger, sich in dieser Frage mit einer auffallenden Zurückhaltung aus, und nun erklärt Abg. Windthorst glatt und klar: die Matricularbeiträge geben wir preis, auch noch mehr, wenn es sein muß — denn letzteres ist eine selbstverständliche Folge, wenn, wie Windthorst will, die directen Steuern in indirecte verwandelt werden sollen.

Damit gibt aber offenbar der Abg. Windthorst die Gegenstellung, die er bisher zum Kanzler einnahm, auf ihrer ganzen Front, sowohl als Centrum — wie als Wessensführer, auf. Denn es ist ja kein Zweifel, daß die vom Fürsten Bismarck geplante Verwandlung der Abhängigkeit des Reiches von den Einzelstaaten (mittels der Matricularbeiträge) in eine Hülfleistung des Reiches für diese letztern (mittels der an sie abfließenden Ueberschüsse), eine gewaltige Stärkung der Reichseinheit und eine entsprechende Schwächung aller particularistischen und sonstigen reißerischen Elemente zur Folge haben muß. Und dazu will Abg. Windthorst dem Reichskanzler helfen! „Wie erklärt Ihr, Derindur, diesen Zwiespalt der Natur?“

Die Zoll- und Steuergesetze im Deutschen Reichstage.

○ Berlin, 9. Mai. Am Bundesrathstische Präsident des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann, preussischer Staats- und Finanzminister Fobrecht, Generalpostmeister Dr. Stephan, Geheimräthe Tiedemann, Burghardt, bairischer Ministerialrath Mayr, Director im Reichskanzleramt Dr. Michaelis.

Präsident Dr. v. Fordenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 40 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen. Abg. Dr. Schmalz (H. Gumbinnen) ist gestorben. Die Mitglieder des Hauses ehren dessen Andenken durch Erheben von den Sitzen.

Das Haus genehmigt zunächst ohne Debatte im erster und zweiter Berathung den Entwurf eines Gesetzes über die „Vertheilung der Matricularbeiträge“ für das Etatsjahr 1879/80.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes über die „Erwerbung der königlich preussischen Staatsdruckerei für das Reich“ und demgemäß die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1879/80.

Der Betrag des an Preußen zu zahlenden Aversums ist 3,573000 M.

Abg. Dr. Zimmermann beantragt, die Vorlage einer Commission zu überweisen, da er verschiedene Bedenken gegen einzelne Punkte derselben habe. Die Staatsindustrie solle in eine gefährliche Concurrenz zur Privatindustrie treten, und der Reichsdruckerei solle gesetzlich ausdrücklich die Berechtigung, Privataufträge auszuführen, zuerkannt werden. Auch der Etat erfordere eine eingehende commissarische Berathung.

Generalpostmeister Dr. Stephan:

Schon bei den Verhandlungen über das Gesetz vom 23. Mai 1877 wurde die Erwerbung der königlich preussischen Staatsdruckerei für das Reich als Endziel ins Auge gefaßt. Dieses Ziel zu erreichen, wurde durch das außerordentliche Entgegenkommen der preussischen Staatsregierung in jeder Weise erleichtert, so daß die Verhandlungen nun zum Abschluß gebracht sind. In den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 8. Febr. referirte Abg. Ricker über diesen Abschluß, und er sowohl als auch andere Redner erklärten ausdrücklich die Zweckmäßigkeit des Vertrages für das Reich an. Finanzielle Bedenken also liegen gegen den Entwurf nicht vor. Was nun aber den Vorwurf anlangt, daß der Privatindustrie durch diese Reichsacquisition eine gefährliche Concurrenz erwachse, so ist auch dieses Thema schon früher discutirt worden. Mit Stolz können wir auf die Entwicklung der Buchdruckerkunst in Deutschland blicken, unsere Privatindustrie ist auf diesem Gebiet auf der anerkanntesten Höhe, und die Reichsdruckerei denkt nicht daran, in eine Concurrenz mit den privaten Druckereien einzutreten; diese Besorgnisse sind völlig unbegründet. Im Gegentheil wird das Institut des Reiches den Privatofficinen zur Stütze dienen, indem man dort auf Reichskosten Versuche anstellen kann, zu denen der Einzelne die Mittel nicht hat. Ich bitte darum, den Antrag des Herrn Vorredners abzulehnen und die Vorlage auch in zweiter Berathung heute zu erledigen.

Abg. v. Benda beantragt, die §§. 1, 2, 3 und 6, welche nur diesen Uebergang bezwecken und ein völlig abgeschlossenes Ganzes bilden, in zweiter Berathung anzunehmen, die §§. 4 und 5 aber, welche den Etat feststellen, der Budgetcommission zu überweisen.

Abg. Dr. Stephani plaidirt für den Antrag Zimmermann, da er Bedenken habe, für die Entwicklung der Staatsindustrie noch mehr zu bewilligen. Das sei eine höchst beklagenswerthe schiefe Ebene, auf welcher niemand folgen dürfe.

Generalpostmeister Dr. Stephan bittet nochmals, von commissarischer Berathung abzusehen:

Die Frage, ob der Staat überhaupt Industrie zu treiben habe, sei heute nicht zu erörtern; sei eigentlich bereits entschieden, da eben fast alle Staaten ihre eigene Staatsdruckerei haben, und sei der Besitz einer solchen, abgesehen von der Herstellung von Werthgegenständen, wie Freimarken etc., auch für militärische und Marinezwecke dringend erforderlich. Ferner sei zu bedenken, daß es noch gar nicht lange her sei, daß alle Privatdruckereien infolge mobiloorganisirter Stripes lahm gelegt wurden. Das Reich und der Staat würden in solcher Zeit notwendige Bestimmungen, Erlasse etc. gar nicht publiciren können. Was die finanzielle Seite anlangt, so sei der Etat, gegen den ja auch sachliche Bedenken nicht vorgebracht seien, im wesentlichen nur eine Zusammenstellung der Etats der vormaligen Bieder'schen und preussischen Staatsdruckerei. Dem Zwange des Termins vom 15. Mai möge man doch Rechnung tragen und nicht aus bloß calculatorischen Bedenken Schwierigkeiten bereiten.

Nachdem sich Abg. Mosle ebenfalls für den Antrag v. Benda ausgesprochen, wird zunächst der Antrag Zimmermann-Stephani auf Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern mit 114 gegen 86 Stimmen, demnächst auch der Antrag v. Benda abgelehnt.

In zweiter Berathung werden demnächst die §§. 1, 2, 3 und 6 angenommen, die §§. 4 und 5 verworfen.

zsig.
erwärmer von
ermittlungs und
verkauf am
chuss.
alde.
htwärme be-
ucht, pleu-
gane, Con-
Dyspepsie.
äuser in den
egung. Die
[1053-55]
zsig.
er:
erwerke.
[1071]
ne.
icolaus
Trier an
Mosel- und
Gebirgen,
fischerweine
flasche incl.
von Brabant
antirt!
[1079-80]
birge.
ost
Markt pro
am Sec.
vorzügliche
thümer.
hten.
Chemnitz
ng. — Dr.
mit Hrl.
a. — Dr.
Hrl. Anna
gärtel im
Mittler-
n mit Hrl.
Arnim in
or Conig
e Tochter.
Breitenau
gberwalter
— Frn.
ein Sohn.
enpain ein
er in Nie-
rath und
a Bittig
erer-Ober-
— Frau
in Dres-
mann in
reistrau v.
Jappendorf
v. Wund.
Heinrich
arie Amalie
n Bignih